



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2011/0177(APP)

19.7.2012

ÄNDERUNGSANTRÄGE

1 - 29

Entwurf einer Stellungnahme
Pervenche Berès
(PE491.260v01-00)

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des
mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020
(COM(2011)0398/COM(2011)0403 – C7-0000/0000 – 2011/0177(APP))

AM\909696DE.doc

PE494.522v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_NonLegOpinion

Änderungsantrag 1 Marije Cornelissen

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

1) weist darauf hin, dass die Kohäsionspolitik zur Verringerung der makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU und zur wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz unter Beachtung der Ziele der Strategie Europa 2020 beitragen muss;

Geänderter Text

1) weist darauf hin, dass die Kohäsionspolitik zur Verringerung der makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU und zur wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz unter Beachtung der Ziele der Strategie Europa 2020 **und insbesondere ihrer Ziele bezüglich Beschäftigung und Armutsbekämpfung** beitragen muss;

Or. en

Änderungsantrag 2 Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2) ist der Auffassung, dass die Bilanz der Kohäsionspolitik, insbesondere auf sozialer Ebene, und die Auswirkung der Krise es zwingend erforderlich machen, bei der Haushaltsplanung mit ausreichender Flexibilität vorzugehen (**z.B. im Hinblick auf die Neuplanung**), um der EU zu ermöglichen, eine kontrazyklische Politik zu verfolgen;

Geänderter Text

2) ist der Auffassung, dass die Bilanz der Kohäsionspolitik, insbesondere auf sozialer Ebene, und die Auswirkung der Krise es zwingend erforderlich machen, bei der Haushaltsplanung mit ausreichender Flexibilität vorzugehen , um der EU zu ermöglichen, eine kontrazyklische Politik zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 3
Marije Cornelissen

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

3) dringt darauf, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen mit einem ausreichenden Finanzvolumen ausgestattet wird, damit die EU die ehrgeizigen Ziele der Strategie Europa 2020 erreichen kann, wobei drei von fünf Zielen anhaltende Investitionen zugunsten des „Humankapitals“ erfordern;

Geänderter Text

3) dringt darauf, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen mit einem ausreichenden Finanzvolumen ausgestattet wird, damit die EU **gegenüber ihren Bürgern glaubwürdig bleiben und** die ehrgeizigen Ziele der Strategie Europa 2020 erreichen kann, wobei drei von fünf Zielen anhaltende Investitionen zugunsten des „Humankapitals“ erfordern;

Or. en

Änderungsantrag 4
Anna Záborská

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3a) vertritt die Auffassung, dass es, um in das „Humankapital“ investieren zu können, notwendig ist, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate in den Mitgliedstaaten vorsieht, um dem demographischen Defizit entgegenzutreten; ist der Ansicht, dass, wenn zahlreiche Haushalte beschließen, die Größe ihrer Familie zu beschränken oder den Kinderwunsch aufzuschieben, dies auch durch die Schwierigkeit bedingt ist, Berufs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren ; vertritt die Ansicht, dass die Entwicklung einer Politik zur Schaffung günstiger Bedingungen für die Steigerung der Geburtenrate in Anbetracht des

Rückgangs der Geburtenrate auch den Interessen der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit dient; fordert daher die Mitgliedstaaten dringend auf, im neuen mehrjährigen Finanzrahmen Maßnahmen vorzusehen, die es ermöglichen, die Kosten und Vorteile der nichtanerkannten unsichtbaren Arbeit in den nationalen Statistiksystemen zu berücksichtigen und zu unterstützen;

Or. fr

Änderungsantrag 5
Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4) betont, dass der mehrjährige Finanzrahmen aufgrund der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialkrise **die Investitionen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung unterstützen und dazu ermutigen muss, jedoch vor allem seinen Mehrwert im Kampf gegen die strukturellen Herausforderungen, insbesondere Arbeitslosigkeit und Armut, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind, nachweisen muss;**

Geänderter Text

4) betont, dass der mehrjährige Finanzrahmen aufgrund der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialkrise die strukturellen Herausforderungen **wie Arbeitslosigkeit, Armut, mangelnde Mobilität und mangelnde Bildung, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind, unterstützen und bewältigen muss;**

Or. en

Änderungsantrag 6
Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5) bekräftigt, dass der **neue** Rahmen und die **neuen** Finanzinstrumente das

Geänderter Text

5) fordert, dass der Rahmen und die Finanzinstrumente das Vertrauen der

Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Vorhaben **unter Berücksichtigung von Artikel 9 des Vertrags betreffend die „horizontale Sozialklausel“** wiederherstellen müssen, **um** ein hohes Beschäftigungsniveau, **einen angemessenen sozialen Schutz zu gewährleisten, gegen die soziale Ausgrenzung zu kämpfen sowie** ein hohes Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsschutzniveau **zu fördern**;

Bürgerinnen und Bürger in das europäische Vorhaben wiederherstellen müssen, **weshalb** ein hohes Beschäftigungsniveau und **ein angemessener sozialer Schutz gewährleistet werden und die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,** ein hohes Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsschutzniveau **gefördert werden müssen**;

Or. en

Änderungsantrag 7 Marije Cornelissen

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5) bekräftigt, dass der neue Rahmen und die neuen Finanzinstrumente das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Vorhaben **unter Berücksichtigung von** Artikel 9 des Vertrags betreffend die „horizontale Sozialklausel“ wiederherstellen müssen, um ein hohes Beschäftigungsniveau, einen angemessenen sozialen Schutz zu gewährleisten, gegen die soziale Ausgrenzung zu kämpfen sowie ein hohes Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsschutzniveau zu fördern;

Geänderter Text

5) bekräftigt, dass der neue Rahmen und die neuen Finanzinstrumente das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Vorhaben **mittels Mainstreaming** von Artikel 9 des Vertrags betreffend die „horizontale Sozialklausel“ wiederherstellen müssen, um ein hohes Beschäftigungsniveau, einen angemessenen sozialen Schutz zu gewährleisten, gegen die soziale Ausgrenzung zu kämpfen sowie ein hohes Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsschutzniveau zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 8 Marije Cornelissen

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6) **dringt darauf**, dass mindestens 25 % des für die Strukturfonds vorgesehenen Finanzvolumens dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen werden, um Anreize für die sozialen Investitionen zu geben;

Geänderter Text

6) **fordert**, dass mindestens 25 % des für die Strukturfonds vorgesehenen Finanzvolumens dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen werden, um Anreize für die sozialen Investitionen zu geben;

Or. en

Änderungsantrag 9
Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6) dringt darauf, dass mindestens 25 % des für die Strukturfonds vorgesehenen Finanzvolumens dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen werden, um Anreize für die sozialen Investitionen zu geben;

Geänderter Text

6) dringt darauf, dass mindestens 25 % des für die Strukturfonds vorgesehenen Finanzvolumens dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen werden, um **die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern und** Anreize für die sozialen Investitionen zu geben;

Or. en

Änderungsantrag 10
Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 8

Entwurf einer Stellungnahme

8) betont die Bedeutung der **Verstärkung** der administrativen Kapazität der für die Umsetzung der Kohäsionspolitik zuständigen Behörden, um die Verwaltung der Strukturfonds zu verbessern und **somit die Governance-Kapazität der öffentlichen Stellen zu beeinflussen**;

Geänderter Text

8) betont die Bedeutung der **Effizienz** der administrativen Kapazität der für die Umsetzung der Kohäsionspolitik zuständigen Behörden, um die Verwaltung der Strukturfonds zu verbessern; unterstützt die dahingehenden Vorschläge der Kommission;

unterstützt die dahingehenden Vorschläge der Kommission;

Or. en

Änderungsantrag 11 **Marije Cornelissen**

Entwurf einer Stellungnahme **Ziffer 9**

Entwurf einer Stellungnahme

9) begrüßt den Vorschlag der Kommission, mindestens 20 % des ESF für die „Förderung der sozialen Integration und der Bekämpfung der Armut“ vorzusehen;

Geänderter Text

9) begrüßt den Vorschlag der Kommission **und betont die Notwendigkeit**, mindestens 20 % des ESF für die „Förderung der sozialen Integration und der Bekämpfung der Armut“ vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 12 **Anna Záborská**

Entwurf einer Stellungnahme **Ziffer 9**

Entwurf einer Stellungnahme

9) begrüßt den Vorschlag der Kommission, mindestens 20 % des ESF für die „Förderung der sozialen Integration und der Bekämpfung der Armut“ vorzusehen;

Geänderter Text

9) begrüßt den Vorschlag der Kommission, mindestens 20 % des ESF für die „Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut“ vorzusehen, **indem die NRO, in denen sich sozial ausgegrenzte Menschen frei äußern können, eingebunden werden, um den tatsächlichen Zugang der Bedürftigsten zu allen Grundrechten zu gewährleisten;**

Or. fr

Änderungsantrag 13 **Inês Cristina Zuber**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 9 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

9a) fordert die Stärkung des Ziels der Förderung der Beschäftigung, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu mit Rechten verbundenen Arbeitsplätzen, der nachhaltigen Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben;

Or. pt

**Änderungsantrag 14
Csaba Óry**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 10**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

10) ist davon überzeugt, dass die im Rahmen der Strukturfonds vorgeschlagenen Sanktionen in Verbindung mit der Auflage zur Einhaltung bestimmter makroökonomischer Regeln (Cross-Compliance) dem Grundprinzip der Solidarität der EU zuwiderlaufen; fordert, auf die makroökonomische Auflagenbindung zu verzichten;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 15
Inês Cristina Zuber**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 11**

Entwurf einer Stellungnahme

11. ist davon überzeugt, dass das Europäische Programm für den sozialen Wandel und die soziale Innovation eine wesentliche Rolle zur Unterstützung der Entwicklung und der Koordinierung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene, zur Erleichterung des Zugangs zu Mikrokrediten **und zur Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer** auf grenzüberschreitender Ebene spielt; fordert, angesichts der Herausforderungen der Schaffung von Arbeitsplätzen und des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Armut, das Finanzvolumen für das Programm um 5 % aufzustocken, wie es das Europäische Parlament in seiner EntschlieÙung vom 8 Juni 2011 zu einem neuen mehrjährigen Finanzrahmen für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa gefordert hatte;

Geänderter Text

11. ist davon überzeugt, dass das Europäische Programm für den sozialen Wandel und die soziale Innovation eine wesentliche Rolle zur Unterstützung der Entwicklung und der Koordinierung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene, zur Erleichterung des Zugangs zu Mikrokrediten auf grenzüberschreitender Ebene spielt; fordert, angesichts der Herausforderungen der Schaffung von Arbeitsplätzen und des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Armut, das Finanzvolumen für das Programm um 5 % aufzustocken, wie es das Europäische Parlament in seiner EntschlieÙung vom 8 Juni 2011 zu einem neuen mehrjährigen Finanzrahmen für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa gefordert hatte; **schlägt vor, 30 % der Gesamtmittel des Europäischen Programms für den sozialen Wandel für den Bereich Mikrofinanzierung vorzusehen;**

Or. pt

Änderungsantrag 16
Marije Cornelissen

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 13

Entwurf einer Stellungnahme

13) **erinnert an die wesentliche Rolle** des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) **im Kampf gegen die schädlichen Auswirkungen der Globalisierung und der industriellen Umstrukturierungen; fordert die Fortführung und Aufwertung des EGF nach 2014 als Flexibilitätsinstrument, das allen Kategorien von Arbeitnehmern, die**

Geänderter Text

13) **anerkennt den zusätzlichen Nutzen** des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) **als rasches Eingreifinstrument, um arbeitslosen Arbeitnehmern zu helfen, wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden; betont die Notwendigkeit, dieses Instrument zu einem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Nachhaltigkeit zu**

von den Folgen der Strukturveränderungen in Verbindung mit der Globalisierung oder einer unerwarteten Krise betroffen sind, zu gleichen Bedingungen zugänglich ist;

machen und die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihn zur Erreichung der Ziele der Strategie „Europa 2020“, zur Bewältigung der Umstrukturierungen und zur Förderung neuer Fertigkeiten, einschließlich im Zusammenhang mit neuen nachhaltigen, qualitativ hochwertigen „grünen“ Arbeitsplätzen, zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 17 **Csaba Öry**

Entwurf einer Stellungnahme **Ziffer 13**

Entwurf einer Stellungnahme

13) erinnert an die wesentliche Rolle des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) im Kampf gegen die schädlichen Auswirkungen der Globalisierung und **der industriellen Umstrukturierungen**; fordert die Fortführung und Aufwertung des EGF nach 2014 als Flexibilitätsinstrument, das allen Kategorien von Arbeitnehmern, die von den Folgen der Strukturveränderungen in Verbindung mit der Globalisierung oder einer unerwarteten Krise betroffen sind, zu gleichen Bedingungen zugänglich ist;

Geänderter Text

13) erinnert an die wesentliche Rolle des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) im Kampf gegen die schädlichen Auswirkungen der Globalisierung und **einer unerwarteten Krise**; fordert die Fortführung des EGF **mit dem gleichen Finanzvolumen wie in der Vergangenheit** und **seiner** Aufwertung nach 2014 als Flexibilitätsinstrument, das allen Kategorien von Arbeitnehmern, die von den Folgen der Strukturveränderungen in Verbindung mit der Globalisierung oder einer unerwarteten Krise betroffen sind, zu gleichen Bedingungen zugänglich ist; **fordert des weiteren ein vereinfachtes Verfahren für die Zahlung der Finanzhilfen**;

Or. en

Änderungsantrag 18 **Marije Cornelissen**

Entwurf einer Stellungnahme **Ziffer 14**

Entwurf einer Stellungnahme

14) fordert, dass *die Nahrungsmittelhilfe* für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsteile *weiterhin zur Unterstützung der* Bedürftigen in Europa beibehalten wird; erinnert die Kommission an ihre Zusage, rechtzeitig einen diesbezüglichen Legislativvorschlag vorzulegen, um die Kontinuität *des Programms* nach 2014 auf einer neuen Rechtsgrundlage mit einem eigenständigen Finanzrahmen (außerhalb der 20 % des ESF, die für die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut vorgesehen sind) sicherzustellen;

Geänderter Text

14) fordert, dass **ein Programm** für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsteile **die Situation** der bedürftigen **Menschen** in Europa **verbessern sollte**; erinnert die Kommission an ihre Zusage, rechtzeitig einen diesbezüglichen Legislativvorschlag vorzulegen, um die Kontinuität **der Unterstützung** nach 2014 auf einer neuen Rechtsgrundlage mit einem eigenständigen Finanzrahmen (außerhalb der 20 % des ESF, die für die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut vorgesehen sind) sicherzustellen, **wobei ein besonderer Schwerpunkt darauf gelegt werden muss, Organisationen zu unterstützen, die sich für die Bedürftigsten einsetzen, und das strukturelle Problem der Ernährungsarmut zu bewältigen**;

Or. en

Änderungsantrag 19
Inês Cristina Zuber

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 14 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

14a) vertritt die Ansicht, dass es in Anbetracht der Zunahme der Zahl der infolge der sogenannten Sparpolitiken von Armut betroffenen Arbeitnehmer notwendig ist, mindestens 500 Mio. Euro für das gemeinschaftliche Nahrungsmittelhilfeprogramm für die Ärmsten für den Zeitraum 2014-2020 wieder einzusetzen;

Or. pt

Änderungsantrag 20
Csaba Óry

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 15

Entwurf einer Stellungnahme

15) bekräftigt die Bedeutung der Partnerschaftsverträge und die Notwendigkeit einer wirksamen Vertretung **und einer wirksamen Beteiligung der europäischen Abgeordneten in den Begleitausschüssen;**

Geänderter Text

15) bekräftigt die Bedeutung der Partnerschaftsverträge und die Notwendigkeit einer wirksamen Vertretung;

Or. en

Änderungsantrag 21
Anna Záborská

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 17 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

17a) schlägt in Anbetracht der steigenden Lebenserwartung und um den im Ruhestand befindlichen Arbeitnehmern, die dies wünschen, zu ermöglichen, ihre Arbeit und ihre finanzielle Unabhängigkeit zu bewahren vor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen die Förderung der gemeinschaftlichen und nationalen Maßnahmen vorsieht, die es den Senioren ermöglichen, ihren Arbeitsplatz zu behalten oder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, insbesondere durch Maßnahmen, die auf eine Kombination zwischen Beschäftigung und Ruhestand abzielen;

Geänderter Text

Or. fr

Änderungsantrag 22
Anna Záborská

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 17 b (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

17b) betont, dass es wichtig ist, im neuen mehrjährigen Finanzrahmen angemessene Finanzmittel zur Förderung der positiven Maßnahmen zugunsten der Frauen und Männer vorzusehen, die vorübergehend ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben, um sich der Kindererziehung oder der Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen zu widmen;

Or. fr

**Änderungsantrag 23
Anna Záborská**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 17 c (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

17c) schlägt vor, im neuen mehrjährigen Finanzrahmen Maßnahmen zur Förderung einer nationalen Steuerpolitik vorzusehen, die an die Bedürfnisse des Familienlebens angepasst sind ("sectorial policy family mainstreaming"); diese Politik sollte den finanziellen Verpflichtungen der Haushalte in den Mitgliedstaaten, insbesondere den Kosten für die Kinderbetreuung nach Wahl der Eltern und für die Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen durch eine steuerliche Regelung oder ein System der Steuererleichterung Rechnung tragen; fordert die Mitgliedstaaten auf, durch den neuen mehrjährigen Finanzrahmen steuerpolitische Maßnahmen zu fördern, die Anreize für einen Anstieg der Geburtenziffern bieten, und macht auf die

Notwendigkeit aufmerksam, Frauen, insbesondere jungen ledigen Müttern, nach der Entbindung speziellen Schutz und spezielle Unterstützung zu garantieren;

Or. fr

Änderungsantrag 24
Csaba Óry

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 8

Vorschlag der Kommission

8. Im Interesse einer wirtschaftlichen Haushaltsführung tragen die Organe dafür Sorge, dass beim Haushaltsverfahren und bei der Annahme des Haushaltsplans bis zu den Obergrenzen der einzelnen Rubriken, **mit Ausnahme der Teilrubrik [1C „Kohäsion im Dienste von Wachstum und Beschäftigung“] des Finanzrahmens**, so weit wie möglich ausreichende Spielräume verfügbar bleiben.

Geänderter Text

8. Im Interesse einer wirtschaftlichen Haushaltsführung tragen die Organe dafür Sorge, dass beim Haushaltsverfahren und bei der Annahme des Haushaltsplans bis zu den Obergrenzen der einzelnen Rubriken so weit wie möglich ausreichende Spielräume verfügbar bleiben.

Or. en

Änderungsantrag 25
Csaba Óry

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 13 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

13. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll entlassene Arbeitnehmer, die infolge der Entwicklungen des Welthandels vom

Geänderter Text

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll entlassene Arbeitnehmer, die von den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im

Strukturwandel betroffen sind, bei ihren Bemühungen um Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen **und Landwirten helfen, die schwerwiegende Folgen der Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels hinnehmen müssen.**

Welthandelsgefüge **aufgrund der Globalisierung** betroffen sind **oder die unter den Folgen gravierender Störungen infolge einer unerwarteten Krise leiden**, bei ihren Bemühungen um Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen.

Or. en

Änderungsantrag 26
Marije Cornelissen

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 13 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

13. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll entlassene Arbeitnehmer, die infolge der Entwicklungen des Welthandels vom Strukturwandel betroffen sind, bei ihren Bemühungen um Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen **und Landwirten helfen, die schwerwiegende Folgen der Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels hinnehmen müssen.**

13. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll entlassene Arbeitnehmer, die infolge der Entwicklung des Welthandels vom Strukturwandel betroffen sind, bei ihren Bemühungen um Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen.

Or. en

Änderungsantrag 27
Csaba Öry

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die jährliche Mittelausstattung des Fonds darf 429 Mio. EUR (zu Preisen von 2011) nicht überschreiten.

Für die Mittelausstattung dieser Reserve wird ein jährlicher Betrag von 500 Mio. EUR (zu Preisen von 2011) zur Verfügung gestellt, der gemäß der Haushaltsordnung bis zum Jahr n+1 verwendet werden kann. Die Mittel der Reserve werden als vorläufig eingesetzte Mittel in den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union eingestellt.

Or. en

Änderungsantrag 28
Csaba Óry

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 13 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Zeitgleich mit ihrem Vorschlag für eine Inanspruchnahme des Fonds unterbreitet die Kommission beiden Teilen der Haushaltsbehörde einen Vorschlag für die Übertragung der Mittel auf die entsprechenden Haushaltslinien. Kommt keine Einigung zustande, wird ein Trilogverfahren eingeleitet.

Zeitgleich mit ihrem Vorschlag für eine Inanspruchnahme des Fonds unterbreitet die Kommission beiden Teilen der Haushaltsbehörde einen Vorschlag für die Übertragung der Mittel auf die entsprechenden Haushaltslinien, **während Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds üblicherweise nicht übertragen werden.** Kommt keine Einigung zustande, wird ein Trilogverfahren eingeleitet.

Or. en

Änderungsantrag 29
Csaba Óry

Vorschlag für den Entwurf einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
Nummer 17

Vorschlag der Kommission

17. Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren genehmigte und den Mitgliedstaaten vorab zugewiesene Mittel für die Kohäsionspolitik, für deren Programme stets eine Mittelausstattung für die gesamte Programmlaufzeit festgelegt wird, sowie die Großprojekte im Sinne von Artikel 13 der MFR-Verordnung fallen nicht unter diese Nummer.

Geänderter Text

17. Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren genehmigte und den Mitgliedstaaten vorab zugewiesene Mittel für die Kohäsionspolitik, für deren Programme stets eine Mittelausstattung für die gesamte Programmlaufzeit festgelegt wird, sowie die Großprojekte im Sinne von Artikel 13 der MFR-Verordnung fallen nicht unter diese Nummer. ***Jedoch können Länder, die den Europäischen Stabilisierungsmechanismus in Anspruch genommen haben, zusätzliche Finanzmittel aus nicht ausgegebenen Mitteln des Kohäsionsfonds erhalten.***

Or. en